

Antrag

der Abgeordneten Harald Ebner, Renate Künast, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Lisa Badum, Matthias Gastel, Stefan Gelbhaar, Dr. Bettina Hoffmann, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Steffi Lemke, Dr. Ingrid Nestle, Dr. Julia Verlinden, Daniela Wagner, Gerhard Zickenheiner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Landwirtschaft und Ernährung zukunftsfähig machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Klima- und Tierschutz, Natur- und Umweltschutz sind kein Selbstzweck, sondern dienen dazu, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten. Die Landwirtschaft ist existenziell auf ein funktionierendes Ökosystem angewiesen. Für stabile Ernten braucht sie verlässliche klimatische Bedingungen, einen guten Boden und Insekten, die die Bestäubung übernehmen und Schädlinge in Schach halten. Nicht zuletzt deswegen brauchen wir als Gesellschaft eine Landwirtschaft, die uns dabei hilft, schöne vielfältige Kulturlandschaften und sauberes Wasser zu erhalten. Und wir brauchen eine Ernährungsweise, die eine solche Landwirtschaft unterstützt.

Doch falsche politische Rahmenbedingungen haben die Landwirtschaft an den Rand gedrängt und sie zu immer weitergehender Rationalisierung und Massenproduktion gezwungen.

Die Bundesregierung hat den Landwirtinnen und Landwirten viel zu lange suggeriert, es müsse sich nichts ändern an der Wirtschaftsweise. Teile des Berufsstandes haben das geglaubt und unterstützt. Dabei ist das gnadenlose „Wachse oder Weiche“ seit vielen Jahrzehnten bittere Realität. Landschaft wird der Technik angepasst, die Tiere den Ställen. Dabei sollte es genau anders herum sein.

Die letzten Bundesregierungen haben die wissenschaftlich immer wieder bestätigten Warnungen ignoriert, dass sich Landwirtschaft und Klima-, Tier-, Umwelt und Naturschutz in vielen Bereichen auseinander entwickeln. Wie beim Klimaschutz wurden Maßnahmen gegen immer augenscheinlicher werdende Probleme verzögert, sodass sie sich verschlimmerten. Statt Konzepte zu entwickeln, wie Landwirtschaft, Ernährung und Gemeinwohl wieder in Einklang gebracht und so auch die veränderten Erwartungen der Gesellschaft an die Lebensmittelproduktion erfüllt werden können, hat die Bundesregierung den Weg verfolgt, die Landwirtschaft zu intensivieren, um auf dem ruinösen Weltmarkt mithalten zu können. Besonders wurde auf den Export von tierischen Erzeugnissen gesetzt. Dabei verursacht ein Kilogramm Rindfleischprotein in

etwa so viel CO₂ wie ein Flug von London nach New York und zurück¹. Schätzungen gehen davon aus, dass zumindest ein Viertel der globalen Treibhausgase aus dem Ernährungssystem emittiert wird. Davon wiederum stammen 70 Prozent aus der Tierhaltung.

Diese Politik hat sowohl zum Bienen- als auch zum Höfesterben geführt. In Deutschland drücken Handel und Verarbeitungsindustrie dank eines Überangebots die Preise. Und auf dem Weltmarkt müssen die deutschen Produzenten mit Ländern wie Brasilien konkurrieren. Der Effekt: Ein Höfesterben in sämtlichen Bereichen, mit 45 Prozent weniger Betrieben seit 2005 in der Milchviehhaltung (von 110.000 auf 64.000 Betriebe) oder 74 Prozent in der Schweinehaltung (von 89.000 auf 23.000 Betriebe).

Diese Politik hat die Landwirtschaft in ein Dilemma manövriert. Bäuerinnen und Bauern, die vielfach ohnehin mit dem Rücken zur Wand stehen, stehen einer Zivilgesellschaft gegenüber, die zu Recht eine Landwirtschaft einfordert, die gemeinschaftliche Güter erhält – anstatt Klima, Natur und Umwelt zu schaden.

Die Bundesregierung muss jetzt Verantwortung übernehmen. Weitere Runde Tische, Dialogforen, Verbraucherschelte und politisches Stückwerk werden nicht weiterhelfen. Die Landwirtschaft ist im Umbruch. An einer echten Agrar- und Ernährungswende kommen wir nicht vorbei. Eine solche Transformation kann aber nur gelingen, wenn die Agrarpolitik den Bäuerinnen und Bauern dabei unter die Arme greift. Dazu gehört die Ehrlichkeit und Verlässlichkeit, der Branche eine klare Vorstellung zu geben, wie eine nachhaltige Landwirtschaft im Jahr 2030 oder 2040 aussehen soll – und gleichzeitig Konzepte zu liefern, wie die Bäuerinnen und Bauern auf dem Weg dorthin unterstützt werden sollen. Dazu gehört es auch, durch eine aktive Ernährungspolitik beispielsweise in der Gemeinschaftsverpflegung eine stabile Nachfrage nach regionalen und ökologischen Lebensmitteln zu gewährleisten.

Bäuerinnen und Bauern müssen wieder faire Preise bekommen und so zu Partnern im Bereich Tierschutz, Klimaschutz und Naturschutz werden können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

A. der Tierhaltung eine Zukunft zu geben

- Die Bundesregierung muss eine Zielsetzung für die Tierhaltung der Zukunft vorgeben. Diese soll standortangepasst sein, unabhängig von Regenwald-Soja, klima- und tiergerecht, ethisch vertretbar und gesellschaftlich getragen. Es müssen Schritte zur Erreichung dieses Ziels festgelegt und diese mit finanziellen Mitteln hinterlegt werden.
- Kurzfristig muss die Bundesregierung gängige Verstöße gegen das Tierschutzgesetz abstellen. Der gesetzliche Standard muss auf ein akzeptables Niveau angehoben werden. Ein neu zu schaffendes Kompetenzzentrum für den Schutz und das Wohlbefinden der Tiere sowie die Einrichtung der Stelle einer oder eines Bundesbeauftragten für Tierschutz sollen diesen Prozess begleiten.
- Die Bundesregierung muss bei Fleisch und Milch eine verbindliche Tierhaltungskennzeichnung einführen, so wie es sie für Eier schon gibt. Nur so wird für Bürgerinnen und Bürger ein „Mehr“ an Tierschutz am Produkt wirklich erkennbar.

¹ Searchinger, T.D., Wiersenius, S., Beringer, T. et al. Assessing the efficiency of changes in land use for mitigating climate change. *Nature* 564, 249–253 (2018)

B. dem Pflanzenbau eine Zukunft zu geben

- Die Bundesregierung muss Bäuerinnen und Bauern bei der dringend gebotenen Senkung des Pestizideinsatzes zu Seite stehen, statt sie wie bisher damit allein zu lassen. Eine Pestizid-Reduktionsstrategie mit dem verbindlichen Ziel einer Halbierung des Einsatzes bis 2025 muss dazu umfassende Beratung und Forschung zu nichtchemischen Alternativen vorsehen, aber auch eine herstellereitige Pestizidabgabe sowie einen umgehenden Ausstieg aus besonders problematischen Stoffen wie Glyphosat und den bienengiftigen Neonikotinoiden.
- Die Bundesregierung muss Bäuerinnen und Bauern beim Bodenschutz und dem Erhalt der Artenvielfalt unterstützen. Dazu gehören Maßnahmen wie die Erhöhung der Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft; die Förderung des Anbaus von mehrjährigen Kulturen, Leguminosen, Mischkulturen und breiten Fruchtfolgen unter Einschluss von tiefwurzelnden und bestäuberattraktiven Zwischenfrüchten; die Förderung von Agroforstsystemen; die Förderung von Humusaufbau und der natürlichen Bodenfruchtbarkeit sowie Maßnahmen zur Erosionsvermeidung ohne Glyphosat.
- Bis 2030 soll der Ökolandbau mindestens 30 Prozent Anteil an der bewirtschafteten Fläche erreichen, denn er bietet große Vorteile beim Schutz von Biodiversität, Gewässern und Bodenfruchtbarkeit sowie Erosionsschutz. Wir fordern deshalb in den nächsten sieben Jahren eine Milliarde Euro extra für den Ökolandbau.

C. die gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) grüner und gerechter zu machen

- Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass GAP-Gelder künftig nur noch an landwirtschaftliche Betriebe gehen, die in den Bereichen des Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzes nachweislich gesellschaftliche Leistungen erbringen.
- Sie muss dabei den Bedürfnissen kleiner und mittlerer Betrieben besonders Rechnung tragen. Für große Betriebe muss es eine Obergrenze für Agrarzahlungen geben.
- Die Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene dafür einsetzen, dass Bäuerinnen und Bauern über einen Ausgleich hinaus eine Anreizkomponente für umwelt-, natur-, klima- und tiergerechtes Wirtschaften erhalten.

D. eine Ernährungswende auf den Weg zu bringen

- Die Bundesregierung muss gemeinsam mit Verbänden, Kommunen und Ländern eine Ernährungsstrategie erarbeiten, mit dem Ziel, nachhaltige, gesunde und vielfältige Ernährung überall verfügbar und einfach zu machen. Dafür muss Ernährung als fester Bestandteil der Stadtentwicklung und ländlichen Entwicklung etabliert werden.
- Die Bundesregierung muss dafür sorgen, dass die regionalen Produkte der Bauernhöfe auf den Tellern der Verbraucherinnen und Verbraucher landen. Gemeinsam mit den Ländern muss eine gesunde und regionale Gemeinschaftsverpflegung von Kita, Schule, Universität bis hin zu Krankenhäusern, Pflegeheimen und Kantinen flächendeckend ausgebaut werden.
- Regionale Verarbeitung und Wertschöpfungsketten müssen durch eine bessere Kennzeichnung regionaler und handwerklich verarbeiteter Lebensmittel gestärkt werden. Außerdem muss die Bundesregierung Betriebe, die direkt, handwerklich verarbeiten und/oder vermarkten, gezielt unterstützen.

E. die Position der Bäuerinnen und Bauern in der Kette zu stärken

- Dazu muss die Bundesregierung die EU-Richtlinie über unlautere Handelspraktiken in den Geschäftsbeziehungen zwischen Unternehmen in der Agrar- und Lebensmittelversorgungskette (Richtlinie (EU) 2019/633) zügig in

deutsches Recht überführen und ein Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter dem Erzeugerpreis prüfen.

- Sie muss sicherstellen, dass Handel und Verarbeitung die Bäuerinnen und Bauern nicht in vollständige Abhängigkeit bringen können. Dazu muss sie unter anderem die im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen verankerten Sonderregelungen für die Landwirtschaft so erweitern, dass Vereinbarungen und Zusammenschlüsse von landwirtschaftlichen Betrieben zum Schutz gegen eine existenzbedrohende, ruinöse Nachfragemacht sowie Zusammenschlüsse von Erzeugerinnen und Erzeugern, die für die gleiche Handelskette produzieren, vom Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen freigestellt werden.

Berlin, den 14. Januar 2020

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion